

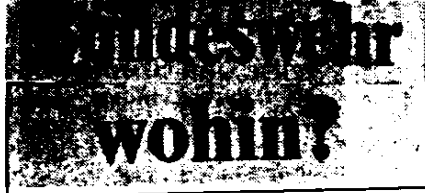
**8** Die Eckdaten sind eindrucksvoll, und eigentlich müßten sie die Militärs das Fürchten lehren: Immer weniger westdeutsche Bürger empfinden die Bundesrepublik als von der Sowjetunion bedroht; immer mehr beurteilen Gorbatschow und dessen Politik als überaus positiv. Man könnte daraus schließen, daß die Wertschätzung des westlichen Bündnisses sinkt, daß es nur noch wenige Leute gibt, welche die Verteidigung des eigenen Landes für notwendig erachten, was ja auch den Sinn der Bundeswehr nachhaltig erschüttern würde. Die Wirklichkeit sieht freilich anders aus, wie Umfragen ergeben haben. Die Verführungskraft pazifistischer Gedanken, die Faszination, die von Gorbatschows Perestrojka ausgeht, haben keine nachhaltigen Zweifel am Wert der NATO, der Bundeswehr und der amerikanischen Unterstützung geweckt. Kurz: Der Russe taugt zwar nicht mehr zum Feindbild, aber ein wenig Vorsicht soll schon noch sein. *azo*

### Umfrage-Ergebnisse zur Sicherheitspolitik:

*Einerseits Wandel, andererseits Kontinuität*

# Felsen im Meinungsfluß

*Bundeswehr wohin?*



Sind die Deutschen wehrunwillig, ist die Allianz ihnen egal? Sind ihnen Atomwaffen ein Greuel, ist Gorby ihnen lieber als *Unge Sam*? Oder sind sie so brav und bündnisbezogen wie seit eh und je?

Die Antwort der Meinungsforscher liegt irgendwo dazwischen – zwischen verblüffendem Wandel und erstaunlicher Kontinuität. In keinem anderen vergleichbaren Land Westeuropas ist der „Gorbatschow-Effekt“ so groß wie in der Bundesrepublik, wenn es etwa um Bedrohungsverlust und Vertrauensgewinn gegenüber der Sowjetunion geht. „Rote Gefahr“? An die glauben

drei Viertel der Deutschen nicht mehr, und vier Fünftel trauen der Sowjetunion entspannungsmäßig nur Gutes zu. Andererseits steht die neue Meinungslandschaft voller Felsen, die in großen Lettern das Wort „Beharrung“ tragen: NATO, Bundeswehr, amerikanische GIs, die an der Grenze Wache schieben – all das ist so beliebt wie seit anno dazumal, zieht sogar höhere Zustimmung auf sich als in den siebziger Jahren.

● **NATO ja, nein – dieselbe oder eine andere?**

Drei Viertel der Westdeutschen wollen einer unveränderten NATO angehören, gerade acht Prozent wollen sie verlassen. Und nur zwölf Prozent wollen eine andere NATO, sei es eine „aufgelockertere“ oder eine „festere“. Das heißt: Für die NATO, in dieser oder jener Form, sind 86 Prozent der Befragten.

● **Was hält der deutsche Michel von „G.I. Joe“?**

Fast vier Fünftel (79 Prozent) glauben, daß die amerikanischen Soldaten in der

VON JOSEF JOFFE 1

Bundesrepublik die „Sicherung des Friedens“ verbessern; fast genauso viele (75 Prozent) sind gegen einen Abzug/Teilabzug der Amerikaner. Diese Zustimmungsrate hat sich im Vergleich zu etwa 1970 erhöht. Damals glaubte bloß eine knappe Hälfte an die friedenssichernde Rolle der US-Truppe im Lande, waren nur 60 Prozent gegen jeglichen Abzug.

● **Wie halten wir's mit der eigenen Armee?**

Eine „Gefahr für den Frieden“ sehen nur 14 Prozent in der Bundeswehr; daß diese den Frieden sicherer macht, glauben dagegen acht von zehn Westdeutschen (82 Prozent). Auch hier ist die Zustimmung in Laufe der Jahre gewachsen, waren es doch nur knapp 70 Prozent, die der Bundeswehr vor 15 Jahren eine friedenssichernde Rolle zuerkennen wollten.

Freilich hört jenseits des Trios NATO, US-Präsenz und Bundeswehr die Kontinuität auf. Die Verwerfungen im Unterfuter deutscher Sicherheitspolitik treten immer deutlicher dort hervor, wo es zum einen um die Bedrohungsvorstellungen (also das Feindbild), zum anderen um die Prämie geht, welche die Deutschen für die Versicherungspolice „NATO-amerikanische Präsenz-Bundeswehr“ zu zahlen bereit sind. Und das hat offensichtlich mit der drastisch gesunkenen Bedrohungsvorstellung zu tun.

● **Gorbatschow und die Deutschen**

Den sowjetischen Generalsekretär mögen sieben von zehn Westdeutschen. Dies ist eine erstaunliche hohe Zustimmung, die hierzulande ansonsten nur dem Bundespräsidenten gewährt wird – einer Autoritätsfigur, die über den Parteien steht. Dagegen hatten 1988 nur vier von

zehn Bürgern eine so gute Meinung von Ronald Reagan.

Präzise drei Viertel aller Westdeutschen glauben inzwischen, daß die „kommunistische Bedrohung nicht so groß oder nicht ernst zu nehmen“ sei; nur noch ein knappes Viertel (24 Prozent) hält sie für „groß“ oder „sehr groß“. Das Dahinschmelzen der Furcht ist zwar schon seit 25 Jahren zu beobachten, aber Gorbatschows Machtübernahme im Jahre 1985 hat den Trend sichtbar beschleunigt: „Nicht so groß/nicht ernst“ antworteten 53 Prozent im Jahre 1984; 1986 waren es schon elf Prozent mehr. Eine sehr gute/eher gute Meinung von der Sowjetunion haben sieben von zehn Westdeutschen; im Vergleich dazu sind Franzosen (40 Prozent) und Engländer (59 Prozent) skeptischer geblieben.

Freilich zeigt sich auch hier das Grundübel aller Meinungsforschung: Die Antwort hängt auch von der Art der Frage ab. Wird etwa nach der Einschätzung der militärischen Bedrohung geforscht, dann

Quelle

Datum

kommen ganz andere Zahlen heraus als bei der ideologisch gefärbten Frage nach der kommunistischen Bedrohung. Immerhin glauben nur vier von zehn Westdeutschen (42 Prozent), daß die Armeen des Warschauer Paktes strikt defensiv ausgerichtet sind. Dagegen sind mehr als die Hälfte (55 Prozent) überzeugt, daß allein die Existenz der östlichen Armeen eine Bedrohung darstelle („erzeugt politischen Druck“) oder daß die Sowjetunion „ihre Streitkräfte gegen westliche Staaten einsetzen“ werde, „solange dieses ohne großes Risiko möglich ist“.

Ein anderes Beispiel: „Kann man der Sowjetunion eigentlich vertrauen oder nicht?“ Nur ein Viertel der Bevölkerung hat „kein Vertrauen“. Das heißt aber nicht, daß die anderen drei Viertel bereit sind, Moskau „beim Wort zu nehmen“ (Genscher). Es stellt sich nämlich heraus, daß nicht einmal ein Drittel (29 Prozent) vertrauensvoll „gen Osten blickt. Und fast die Hälfte (46 Prozent) weiß es nicht oder ist unentschieden.“

Wie man in den Meinungswald hineintrifft, so schallt es heraus. Wird nicht dürr gefragt „Vertrauen – ja oder nein?“, sondern suggestiv vorgegangen, also mit positiv belegten Einsprengseln, dann verrutscht erneut das Bild im Meinungskaleidoskop. Zum Beispiel: „Die Politik und die sowjetische Rüstung sind heute auf Verteidigung ausgerichtet. Durch die Sowjetunion mit ihrer neuen Politik brauchen wir uns nicht bedroht zu fühlen.“ Da stimmt, kaum überraschend, die Hälfte der Bundesbürger zu. Denn: Die Wörtchen „heute“ und „neue Politik“ suggerieren Wandel, der Begriff zeigt „Verteidigung“ zeigt die wünschenswerte Richtung auf. Das schafft eine wohlwollende Einstellung, bevor der Gefragte überhaupt antwortet.

#### ● Die Deutschen und die Abschreckung

Der Bundesbürger tut sich immer schwerer mit den Waffen, die in diesem Lande seit mehr als 30 Jahren für Abschreckung sorgen. Über die Hälfte (51 Prozent) glauben nicht einmal an das Prinzip der atomaren Abschreckung – also an die Aussage: „Daß wir seit über 40 Jahren Frieden in Europa haben, verdanken wir den Atomwaffen.“ Daß Atomwaffen für die Abschreckung „unbedingt nötig“ seien, glauben nicht einmal 20 Prozent; umgekehrt meinen dreimal so viele Menschen, daß Abschreckung durch „neue, nicht-atomare Waffensysteme“ verwirklicht werden kann. Freilich ist die Unkenntnis des Bürgers in strategischen Dingen nicht zu unterschätzen: Fast die Hälfte (48 Prozent) glaubt, daß die Atomrüstung teurer sei als „Rüstung mit anderen Abschreckungswaffen“, was falsch ist. Das sind mehr als doppelt so viele wie jene, die

richtig getippt haben: konventionelle Waffen sind teurer.

#### ● Europa ohne Atomwaffen?

Ein entnuklearisiertes Westeuropa scheint die Westdeutschen nicht zu schrecken. Nur ein Fünftel der Bevölkerung fürchtet die „politische Abhängigkeit von der Sowjetunion“ für den Fall, daß „keine Atomraketen mehr bei uns“ stehen; fast sechs von zehn glauben dagegen, daß „uns die Sowjetunion unter Druck setzen“ werde. Daran schließt sich logischerweise der Wunsch an, „alle Atomwaffen aus Europa abzuziehen“, und zwar bei einer nachgerade überwältigenden Mehrheit von 79 Prozent (1987).

#### ● Die Modernisierung der Kurzstrecken-Raketen

Nicht ganz so viele sind gegen die „Modernisierung“, nämlich 63 Prozent. Dies ist auf ersten Blick unlogisch: Warum sind gut 80 Prozent für die totale Entnuklearisierung, aber nur 63 Prozent gegen die Modernisierung? Theoretisch müßte jedermann, der insgesamt gegen Atomwaffen ist, auch gegen ihre Modernisierung sein. Aber auch hier zeigt sich, wie die Frage die Antwort „vorformuliert“. Bei der Entnuklearisierungsfrage ging es nur ganz simpel darum, ob alle Kernwaffen aus Europa abgezogen werden sollten. Die Modernisierungsfrage war viel komplizierter und suggestiver gefaßt: „Nach dem Abbau der Mittelstreckenraketen wird die NATO zur Abschreckung nur noch Kurzstrecken-Raketen haben, die aber bald veraltet sein werden.“ Dann: Modernisieren – ja oder nein? So gestellt, enthält die Frage einen positiv belegten Begriff („NATO“), einen halb-positiven („Abschreckung“), und einen suggestiven (was an Systemen bleibt, wird bald nichts mehr taugen). Bei derlei positiven „Anstößen“ sind – was Wunder – mehr Leute für die Modernisierung als für den Beibehalt von Atomwaffen. Unlogisch, aber für einen Meinungsprofi nicht überraschend. Denn: Wie gefragt, so gesagt.

#### ● Jenseits der atomaren Abschreckung

Dennoch: Die Deutschen tun sich mit den Atomwaffen immer schwerer. Wären sie dann aber bereit mehr für die konventionellen Zeughäuser zu tun? Nein. Mit überwältigender Mehrheit (88 Prozent) sind die Bürger dagegen, daß für „eine Verteidigung ohne Atomwaffen mehr Geld ausgegeben wird.“ Gerade 18 Prozent sind anscheinend bereit, mehr ins Konventionelle zu investieren.

#### ● Die Hoffnungen der Deutschen

So die Auguren mit ihren Prozentzahlen recht haben, setzen immer mehr Deutsche auf die Abrüstung. Die Zahl der einseitigen Abrüster ist seit Beginn des Jahrzehnts stetig gewachsen: von einem Drittel der Bevölkerung (1981) auf fast die Hälfte (1986). Während die Experten glau-

ben, daß die Russen „weder Pazifisten noch Philanthropen“ sind und demnach nur die Abrüstung auf Gegenseitigkeit Stabilität verspricht, findet gut die Hälfte der Bevölkerung, daß es „bei der Abrüstung nur dann einen Fortschritt geben kann, wenn eine Seite einmal damit anfängt“. Dies sei der beste Weg „zu Frieden und Entspannung“.

#### ● Meinungsforschung und reale Politik

Was bedeuten derlei Zahlen? Grundsätzlich scheinen sie sich zu einem gespaltenen Tableau zusammenzufügen. Die Westdeutschen denken nach wie vor orthodox, soweit es um abstrakte politische Präsenz und Bundeswehr geht. Doch wollen sie anscheinend nicht mehr die einstige Prämie für diese Versicherungspolice entrichten. Anders ausgedrückt: Die NATO als solche ist eine feine Sache, weil sie – Entspannung hin oder her – zuverlässigen Schutz verspricht. Nur sind die Bürger mittlerweile viel zögerlicher geworden, wenn sie zur „Kasse“ gebeten werden, sprich: wenn es gilt, Atomwaffen zu modernisieren, Tiefflüge zu akzeptieren und Manöver zu goutieren.

Die amerikanische Präsenz? „Ami go home“ ist allenfalls an den äußersten Rändern des politischen Spektrums zu hören, aber wenn hier 100 neue Apache-Helikopter oder dort neue Raketen stationiert werden sollen, dann bröckelt die Freundschaft. Die Bundeswehr? Applaus, wo bloß abstrakt nach ihrem friedenssichernden Wert gefragt wird. Doch wenn derlei Fragen in den höchstpersönlichen Bereich vordringen, dann steht man plötzlich vor 77 000 Wehrdienstverweigerern – eine Zahl, die doppelt so hoch ist wie vor zehn Jahren.

Kann da die alte Sicherheitspolitik überhaupt noch weitergeführt werden – mitsamt ihren Atomwaffen und hohen Präsenzstärken? Diese Frage kann die Meinungsforschung nicht beantworten, und die meisten würden derlei auch nicht einmal wagen. Denn schlichte Fragen wie „Sind Sie für X oder dagegen?“ sagen nichts aus über das Gewicht, welches X in der politischen Entscheidung eines Bürgers einnimmt. Er mag zum Beispiel gegen die Modernisierung von Atomwaffen sein, dennoch aber die Partei wählen, die dafür eintritt, weil ihm ihr Wirtschafts- oder Sozialprogramm wichtiger ist als die Nuklearstrategie.

Mehr noch: Strategie-Fragen bewegen Experten mehr als die Massen und sind damit selten wahlentscheidend – das scheint zumindest die Nachrüstungs-schlacht der frühen achtziger Jahre zu belegen. Niemand war seinerzeit glücklich über die Pershings und die Marschflugkörper; da waren auch nirgendwo Mehrheiten für die Stationierung zu finden. Dennoch gewannen Christ- und Freidemokraten den „Raketenwahlkampf“ von 1983 – ebenso wie ihre Tory-Kollegen in England. Der

Quelle

Datum

Grund? Was Experten und Gegen-Experten in erbitterte Kämpfe verwickelt – „Erstschlagstrategien“, Reichweiten, Zielpräzision –, läßt das Wahlvolk verhältnismäßig kalt. Zum einen verstehen die meisten die „Theologie“ der Abschreckung nicht, zum anderen bewegt die Innenpolitik den Durchschnittswähler bei weitem stärker als Außen- und Sicherheitspolitik. Kurz vor der „Raketenwahl“ von 1983 hatten sich so die folgenden vier Faktoren als die entscheidenden herauskristallisiert: Erstens Arbeitslosigkeit, zweitens Renten, drittens Inflation und viertens Staatsschulden. Die Außen- und Sicherheitspolitik landete ganz unten auf der Liste der wahlbestimmenden Faktoren.

Meinungsumfragen sind interessant, Wahlentscheidungen sind verlässlicher – und das ist auch gut so, denn sonst könnte man sich Parteien, Politiker und Parlamente sparen und dafür die Computer von SINUS, EMNID und Allensbach auf den Bänken des Bundestages installieren.

Dieser Bericht beruht auf Zahlen, die zusammengestellt worden sind von: Institut für Demoskopie Allensbach („Die NATO-Experten und das Publikum“, 1988), Bundesverteidigungsministerium („EMNID-Umfrage 1988“, „Meinungs- und Haltungslage zur Si-

cherheitslage“, November 1987) und United States Information Agency „Research Memoranda“ aus dem Jahre 1988).

Nächster Bericht in der Samstagsausgabe vom 4. März: Die Geschichte der Inneren Führung und die Probleme der Truppe mit dem Konzept heute.

